



## Einladung

zur Sitzung des Ortsbeirates Mainz-Lerchenberg am  
Donnerstag, 22.02.2024, 19:00 Uhr,  
Sitzungsraum der Ortsverwaltung, Hindemithstr. 1 (chem. KiTa), 55127 Mainz

### Tagesordnung

#### a) öffentlich

### Anträge

1. Reduzierung von Fluglärm und Messung von Ultrafeinstaub auf dem Lerchenberg (SPD,CDU,GRÜNE,ÖDP,FDP)
2. Offene Seniorenarbeit für den Lerchenberg (SPD,CDU)

### Anfragen

3. Sachstand Haltestellen Hebbelstraße (CDU)
4. Informationen zur Absage der Seniorenarbeit auf dem Lerchenberg durch den ASB (CDU)
5. Sachstand Dreifeld-Schulsporthalle im Carl-Zuckmayer-Schulzentrum Mainz-Lerchenberg (CDU)
6. Anfragen aus vorherigen Sitzungen
7. Sachstandsberichte
8. Beschlussvorlagen
9. Mitteilungen und Verschiedenes
10. Stadtteilmittel
11. Einwohnerfragestunde

b) **nicht öffentlich**

12. Beschlussvorlagen
13. Bau- und Grundstücksangelegenheiten
14. Mitteilungen und Verschiedenes

Mainz, 22.02.2024

gez. Sissi Westrich  
Ortsvorsteherin



Ortsbeiratsfraktion  
Mainz-Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion CDU-  
Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion Grüne-  
Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion ÖDP-  
Lerchenberg

Ortsbeiratsfraktion  
FDP Lerchenberg

## Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 22. Februar 2024

### Antrag: Reduzierung von Fluglärm und Messung von Ultrafeinstaub auf dem Lerchenberg

Der Ortsbeirat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird gebeten, ihre Vertretung in der Fluglärmkommission Frankfurt damit zu beauftragen, baldmöglichst auf die Herbeiführung eines Beschlusses hinzuwirken, in dem mit Blick auf Lärminderung auf dem Lerchenberg durch geeignete und sanktionsfähige LandeprozEDUREN nachfolgende Punkte festgelegt werden:
  - Der Flughafen Frankfurt muss sich der Gesamtverantwortung für den Betrieb des Flughafens und des damit verbundenen Luftverkehrs stellen.
  - Da freiwillige Lösungen über lange Jahre hinweg nicht gegriffen haben, wird der Gesetzgeber aufgefordert, eine rechtsverbindliche Regelung zu einer lärmindernden Anflugprozedur zu treffen.
  - Die Flugschreiber der Flugzeuge dokumentieren exakt, wann und wo das Fahrwerk und die Landeklappen ausgefahren wurden. Eine stete Kontrolle muss erfolgen und Verstöße müssen sanktioniert werden. Sanktionsfreie Ausnahmen, beispielsweise in Notfällen, müssen dokumentiert und die Entscheidung hierzu transparent gemacht werden.
2. Die Stadtverwaltung möge das zuständige Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität (MKUEM) des Landes Rheinland-Pfalz auffordern, unverzüglich die Gefährdung der Lerchenberger Bürgerinnen und Bürger durch die Exposition von Ultrafeinstaub aus dem Flugverkehr zu überprüfen und festzustellen. Ein mit geeigneten Verfahren messtechnisch aufzubauendes Messnetzraster auf dem Lerchenberg muss dazu gesicherte Aussagen über Immissionsbelastungen durch Ultrafeinstäube und deren Quelle erlauben. Bei der Durchführung der Messungen ist zu beachten:
  - Bei der Bestimmung von ultrafeinen Partikeln (UFP) ist die Anzahlkonzentration je ccm Luft maßgeblich.
  - Die Detektionsteilchengröße soll so klein wie möglich gewählt werden. Dies auf Basis des aktuellen Stands der Technik (kleiner als 7nm muss berücksichtigt werden).



Ortsbeiratsfraktion  
Mainz Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion CDU-  
Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion Grüne-  
Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion ÖDP-  
Lerchenberg

Ortsbeiratsfraktion  
FDP Lerchenberg

- Es sollen mehrere Messstellen auf dem Lerchenberg, z.B. als Mess-Raster, aufgebaut werden, die geografisch sinnvoll angeordnet sind und über ein möglichst klein gewähltes Mess-Intervall verfügen (mind. 1 Messung/Sekunde).
- Die verwendete Mess-Technik muss in der Lage sein, verkehrsnah Belastungen korrekt abzubilden. SMPS-Geräte sind diesbezüglich ungeeignet.
- Die Bewertung der Messergebnisse muss unter Berücksichtigung von Wind- und Wetterdaten, die das Klein-Klima im Umfeld der Messstation zeigen, erfolgen.

### **Begründung:**

Regelmäßig haben landende Flugzeuge bereits vor und über dem Lerchenberg das Fahrwerk und die Landeklappen ausgefahren. Nach dem Abschlussbericht des DLR-Projekts „Leiser Flugverkehr II“ aus dem Jahr 2007 führt das Umströmen von ausgefahrenen Fahrwerken und Landeklappen zu einem deutlichen Schallpegelanstieg. Für die unter den Anflugrouten lebenden Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Lerchenberg hat das vorzeitige Ausfahren von Fahrwerken und Landeklappen höhere Fluglärmbelastungen zur Folge, die ohne weiteres vermeidbar wären.

Nach dem Luftverkehrsgesetz (LuftVG) § 29b sind Flugplatzunternehmer, Luftfahrzeughalter und Luftfahrzeugführer verpflichtet:

- Beim Betrieb von Luftfahrzeugen in der Luft und am Boden sind vermeidbare Geräusche zu verhindern und die Ausbreitung unvermeidbarer Geräusche auf ein Mindestmaß zu beschränken, wenn dies erforderlich ist, um die Bevölkerung vor Gefahren, erheblichen Nachteilen und erheblichen Belästigungen durch Lärm zu schützen. Auf die Nachtruhe der Bevölkerung ist in besonderem Maße Rücksicht zu nehmen.
- Die Luftfahrtbehörden und die Flugsicherungsorganisation haben auf den Schutz der Bevölkerung vor unzumutbarem Fluglärm hinzuwirken.

Obwohl die oben beschriebene, von den Piloten bisher frei gestaltete Landeprozedur die gesetzliche Lärmminimierungs-Verpflichtung verletzt, sieht das Luftverkehrsgesetz bisher keine Sanktionierung vor. Grund dafür sind u.a. fehlende Prozedurvorgaben für die Piloten, wie sie z.B. in den Niederlanden am Flughafen Schiphol vorgeschrieben sind.

Der Flughafen Frankfurt sieht sich hier nicht in der Verantwortung, er sei lediglich der Anbieter der Infrastruktur; es sei jedem Piloten selbst überlassen, wann und wo das



Ortsbeiratsfraktion  
Mainz Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion CDU-  
Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion Grüne-  
Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion ÖDP-  
Lerchenberg

Ortsbeiratsfraktion  
FDP Lerchenberg

Fahrwerk bzw. die Landeklappen ausgefahren werden. Durch das unnötig frühzeitige Ausfahren des Fahrwerks und der Landeklappen bereits über dem Stadtgebiet von Lerchenberg werden die Lerchenberger Bürgerinnen und Bürger nochmals verstärkt durch Fluglärm betroffen. Rechtsverbindliche Handlungsvorgaben für die Piloten und Überwachungs- und Sanktionierungsverpflichtungen für den Flughafenbetreiber sind dringend überfällig.

Ultrafeinstaubimmissionen gefährden die Gesundheit der Menschen. Davon betroffen sind insbesondere die Bürgerinnen und Bürger der Anrainergemeinden im Umkreis des Frankfurter Flughafens. Es besteht der durch Messungen in Hechtsheim (das unter dem gleichen An- bzw. Abflugverkehr wie Lerchenberg leidet) der begründete Verdacht, dass die massenhaften Überflüge zu Ultrafeinstaub-Immissionsbelastungen auch und gerade in unserem Stadtteil führen.

Triebwerksabgase von Jets sind hauptverantwortlich für die hohen Ultrafeinstaub-Emissionen von Flughäfen. Obwohl dies seit langem bekannt ist, ist die Erkenntnislage hinsichtlich der Ausbreitung und der konkreten Auswirkungen noch dürftig. Dies rührt unter Anderem aus fehlenden systematischen Messungen, die Aufschluss über die Quelle und das Ausbreitungsverhalten von UFP liefern. Seitens hessischer Landesbehörden wird mit sogenannten Partikelzählern im Umfeld des Flughafens UFP punktuell gemessen. Erste Ergebnisse zeigen, dass signifikante UFP-Immissionen im näheren Umfeld des Flughafens wie auch in weiter entfernt liegenden Wohngebieten nachweisbar waren, die mit den Flugzeugüberflügen korrelieren.

Seit März 2023 werden UFP erstmals in Rheinland-Pfalz, auch in Mainz- Hechtsheim, mittels einer vom hessischen Landesamt HLNUG „ausgeliehenen“ Station gemessen. Registriert wurden erhöhte UFP-Konzentrationen und Konzentrationsspitzen, die einen Zusammenhang mit Über- und Vorbeiflügen auf der Südumfliegung und mit den Landeüberflügen vermuten lassen. Eine abschließende Bewertung über die Dimension der Belastung, sowie das Ausbreitungsverhalten und die Dimension der Betroffenheit ist mit einer temporären und nur punktuellen Messung nicht möglich. Für eine umfassende Bewertung braucht es ein geeignetes Mess- und Betriebskonzept.

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz (das MKUEM) steht in der Verpflichtung, endlich Klarheit für die betroffene Bürgerschaft her- und Schutz derselben sicherzustellen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die CDU- Fraktion  
Andreas Michalewicz

Für die SPD-Fraktion  
Horst Zorn

Für die ÖDP-Fraktion  
Karl-Heinz Schimpf

Für die Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen  
Max Klaus

Für die FDP-Fraktion  
Dr. Dirk Rexrodt



Ortsbeiratsfraktion  
CDU-Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion  
Mainz Lerchenberg

31. 1. 2024

## **Gemeinsamer Antrag für die Ortsbeiratssitzung am 22. 2. 2024**

### **Offene Seniorenarbeit für den Lerchenberg**

Der Ortsbeirat möge beschließen,

- Die Verwaltung wird gebeten aufzuklären, wie es sein kann, dass sich der ASB bei der Planung des Vitalzentrums im Bürgerhaus engagiert und damit die Raumplanung maßgeblich beeinflusst hat, sich dann aber im Jahr der Fertigstellung und des Einzuges still aus dem Lerchenberg zurückzieht und nur auf Nachfrage eine Information erfolgt und über das Ergebnis den Ortsbeirat zu informieren.
- Die Verwaltung wird gebeten sich dafür einzusetzen, dass auch nach dem Umzug in das Bürgerhaus auf dem Lerchenberg nahtlos und dauerhaft eine offene Seniorenarbeit analog der Arbeit des Vitalzentrums im Bürgerhaus 2024 angeboten wird.
- Dazu möge die Verwaltung die Trägerschaft der offenen Sozialarbeit auf dem Lerchenberg neu und verlässlich regeln, damit den Bedarfen Älterer entsprochen und das gute Angebot fortgeführt werden kann.
- Falls noch nicht geschehen soll die Verwaltung ggf. mögliche Fördermittel aus Förderprogrammen von Bund und Land beantragen.

### **Begründung**

Auf dem Lerchenberg wohnen sehr viele ältere Menschen. Insofern ist es wichtig, dass auch dieser Bevölkerungsgruppe auf dem Lerchenberg ein breites Programm zur Teilhabe und Betätigung angeboten wird. Bisher wurde solch ein Programm durch das ASB-Vitalzentrum Mainz-Lerchenberg angeboten.

Für Menschen aller Generationen bietet das ASB-Vitalzentrum auf dem Lerchenberg eine Vielzahl von kulturellen, informativen und kreativen Möglichkeiten zur gemeinsamen Freizeitgestaltung an. Dieses Programm ist insbesondere auf die oben beschriebene Altersgruppe zugeschnitten und speziell für die Generation 50plus ist das Vitalzentrum Lerchenberg der ideale Ort für Begegnungen mit Menschen, die ihr Leben gerne bunt und lebendig gestalten möchten.



Ortsbeiratsfraktion  
CDU-Lerchenberg



Ortsbeiratsfraktion  
Mainz Lerchenberg

Der ASB Mainz-Bingen hat mit tatkräftiger Unterstützung einer Hauptamtlichen und von Ehrenamtlichen das Vitalzentrum Lerchenberg mit einem einzigartigen breitgefächerten Programm aufgebaut. Durch die partizipative Entwicklung des Monat- und Jahresprogramms entlang der Wünsche von Menschen ab 60 wurden die Angebote gut angenommen. Auch der Umzug von den Räumlichkeiten im Bürgerhaus in das Bürgerhäuschen hat dem guten Zuspruch keinen Abbruch getan. Allein die Pandemie hat dazu geführt, dass die Inanspruchnahme des offenen Spieltreffs etwas geringer wurde.

Dies erforderte eine breite Öffentlichkeitsarbeit des ASB, um der nachwachsenden Seniorengeneration den Weg zum Angebot zu ebnen. Aber auch nach der Pandemie haben die Angebote noch sehr viele angesprochen, ob Bewegungsangebote mit Sturzprophylaxe, Medientreff zur gegenseitigen Unterstützung bei Tablet, Smartphone, Handy und Computer oder der Ausflüge in die nähere oder weitere Umgebung.

Durch den engagierten Einsatz im Bereich Haupt- und Ehrenamt konnten auch Angebote anderer initiiert und in das Programm integriert werden. Die offene Seniorenarbeit auf dem Lerchenberg ist aber unverzichtbar für die älteren Bewohnerinnen und Bewohner des Lerchenbergs. Sie unterstützt die selbstbestimmte Teilhabe, schafft Formen und Räume für Austausch und Begegnung, ermöglicht Engagement, wirkt Einsamkeit entgegen und fördert die Ressourcen älterer Menschen für sich selbst und für die Gesellschaft.

Wie die Ortsvorsteherin in ihrem Rundbrief vom 31. Jan. 2024 mitteilte, hatte sie gerüchteweise erfahren, dass der ASB sich aus der offenen Seniorenarbeit auf dem Lerchenberg ab dem Umzug in das sanierte Bürgerhaus zurückziehen möchte. Auf ihre Nachfrage bei der Geschäftsführerin hin, wurde ihr am 26. Januar schriftlich mitgeteilt, dass dieses Gerücht der Wahrheit entspricht. Der Sachverhalt konnte zwischenzeitlich auch der Presse entnommen werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Für die SPD-Fraktion

Horst Zorn

Für die CDU-Fraktion

Andreas Michalewicz

## Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 22. Februar 2024

### Anfrage: Sachstand Haltestellen Hebbelstraße

Mit Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 0551/2023 der CDU des Ortsbeirats Mainz-Lerchenberg berichtete die Verwaltung, dass die Konkretisierung der Vorplanung zum barrierefreien Umbau der Haltestellen erst Ende 2023 abgeschlossen und die weiterführende Entwurfs- und Ausführungsplanung an ein externes Ingenieurbüro übergeben werden kann.

Weiter berichtete die Verwaltung, dass die Installation der Elemente der Haltestellenausstattung, hier digitale Fahrgastinformationssysteme, in den Zuständigkeitsbereich der Mainzer Mobilität (MM) fällt und die Verkehrsverwaltung zeitnah der Bitte des Ortsbeirats folgend erste Abstimmungsgespräche diesbezüglich mit der MM einleiten wird, um die angeforderte Digitalisierung der Fahrgastinformation an den Haltestellen voranzubringen.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Wurde die Konkretisierung der Vorplanung zum barrierefreien Umbau der Haltestellen Ende 2023 abgeschlossen? Falls nicht, wann plant die Verwaltung die Vorplanung abzuschließen?
2. Wurde die Vorplanung an ein externes Ingenieurbüro zwecks Entwurfs- und Ausführungsplanung übergeben? Falls nicht, für wann ist die Übergabe vorgesehen?
3. Wann wurden erste Abstimmungsgespräche mit der MM zur Digitalisierung der Fahrgastinformationssysteme geführt? Falls noch keine Gespräche geführt wurden, für wann sind diese geplant?
4. Für wann ist mit einem Start der Umbaumaßnahmen zu rechnen?
5. Wie soll die nicht mehr gewährleistete Verkehrssicherheit der Haltestelle B (Büchnerallee) bis dahin sichergestellt werden?

Für die CDU- Fraktion  
Andreas Michalewicz







**Antwort zur Anfrage Nr. 0349/2024 der CDU im Ortsbeirat betreffend Informationen zur Absage der Seniorenarbeit auf dem Lerchenberg durch den ASB (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

- 1. Wann war der Verwaltung bekannt, dass der ASB nicht in das renovierte Bürgerhaus umziehen wird (bitte Angabe mit Tagesdatum)? Wie hat die Verwaltung die Information erreicht?**

Die Verwaltung wurde erstmals mündlich am 12.12.2023 darüber informiert, dass die Seniorenarbeit im neuen Bürgerhaus Lerchenberg vermutlich nicht mehr weitergeführt werde. Allerdings stünde für eine abschließende Entscheidung noch eine interne Abstimmung des ASB aus. Da im Laufe des Januars keine weitere Information hierüber erfolgte, hat die Verwaltung am 25.01.2024 beim ASB nachgefragt. Daraufhin wurde der Verwaltung am 26.01.2024 per E-Mail mitgeteilt, dass der ASB sein Engagement als Plattformgeber für die offene Seniorenarbeit auf dem Lerchenberg nicht mehr erneuern werde.

- 2. Sind der Verwaltung die Beweggründe für diese Entscheidung des ASB bekannt und falls ja, wie lauten diese?**

Der Verwaltung wurden vom ASB hierzu finanzielle als auch personelle Zwänge genannt.

Es ist geplant mit dem ASB noch ein Gespräch zu führen. Des Weiteren soll für die künftige Seniorenarbeit auf dem Lerchenberg von den jahrelangen Erfahrungen des ASB profitiert werden.

- 3. Wurden dem ASB die Interimsräumlichkeiten im Bürgerhäuschen durch die Verwaltung kostenfrei zur Verfügung gestellt? Falls nein, welche Kosten hatte der ASB in den Jahren 2021, 2022 und 2023 der Verwaltung für die Nutzung zu entrichten?**

Dem ASB wurden für die Zeit des Umbaus Räumlichkeiten in der alten Kita (Bürgerhäuschen) kostenfrei zur Verfügung gestellt.

- 4. Wurde zwischen der Verwaltung und dem ASB ein Vorvertrag oder ein Vertrag zur Nutzung der Räumlichkeiten im zu eröffnenden Bürgerhaus geschlossen? Falls ja, welchen Inhalt hatte dieser Vertrag?**

Zwischen Verwaltung und ASB wurde kein Vorvertrag oder Vertrag für die Räumlichkeiten des Bürgerhauses geschlossen. Es war geplant mit Übernahme der Tätigkeiten im neuen Bürgerhaus eine neue Kooperationsvereinbarung zu schließen. Dies wurde dem ASB vom damaligen Sozialdezernenten zugesichert.

**5. Welche Kosten hätte der ASB für die zu nutzenden Räumlichkeiten im Bürgerhaus nach dem Umzug der Verwaltung zu entrichten gehabt?**

Für die Nutzung wären an die Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co KG Kosten in Höhe von 2.134,07 € zu entrichten gewesen. Der ASB hätte die Möglichkeit (wie bisher auch) aus dem Sozialförderplan Zuschüsse von Seiten der Stadt Mainz zu erhalten.

**6. Sind der Verwaltung andere Interessenten bekannt, die sich für die Offene Sozialarbeit auf dem Lerchenberg angeboten haben?**

Der Verwaltung sind bisher zwei Träger bekannt, die die offene Seniorenarbeit im neuen Bürgerhaus fortführen möchten und die auf die Verwaltung zugekommen sind. Gespräche werden mit den Trägern geführt.

Mainz, 22.02.2024

Beigeordneter  
Dr. Eckart Lensch



## Ortsbeiratssitzung Mainz-Lerchenberg am 22. Februar 2024

### Anfrage: Informationen zur Absage der Seniorenarbeit auf dem Lerchenberg durch den ASB

Wie der Presse zu entnehmen war plant der ASB nicht mehr in die neuen Räumlichkeiten nach der Eröffnung des Lerchenberger Bürgerhauses umzuziehen. Damit würde das Angebot des ASB-Vitalzentrums auf dem Lerchenberg nach Eröffnung des Bürgerhauses wegfallen. Die offene Seniorenarbeit auf dem Lerchenberg ist aber unverzichtbar für die älteren Bewohnerinnen und Bewohner des Lerchenberg. Sie unterstützt die selbstbestimmte Teilhabe, schafft Formen und Räume für Austausch und Begegnung, ermöglicht Engagement, wirkt Einsamkeit entgegen und fördert die Ressourcen älterer Menschen für sich selbst und für die Gesellschaft.

Diese Information erreichte den Ortbeirat nur über Umwegen und wurde weder durch die Verwaltung noch durch den ASB bekanntgegeben.

Daher fragen wir die Verwaltung:

1. Wann war der Verwaltung bekannt, dass der ASB nicht in das renovierte Bürgerhaus umziehen wird (bitte Angabe mit Tagesdatum)? Wie hat die Verwaltung diese Information erreicht?
2. Sind der Verwaltung die Beweggründe für diese Entscheidung des ASB bekannt und falls ja, wie lauten diese?
3. Wurden dem ASB die Interimsräumlichkeiten im Bürgerhäuschen durch die Verwaltung kostenfrei zur Verfügung gestellt? Falls nein, welche Kosten hatte der ASB in den Jahren 2021, 2022 und 2023 der Verwaltung für die Nutzung der Räumlichkeiten zu entrichten?
4. Wurde zwischen der Verwaltung und dem ASB ein Vorvertrag oder ein Vertrag zur Nutzung der Räumlichkeiten im zu eröffnenden Bürgerhaus geschlossen? Falls ja, welchen Inhalt hatte dieser Vertrag?
5. Welche Kosten hätte der ASB für die zu nutzenden Räumlichkeiten im Bürgerhaus nach dem Umzug der Verwaltung zu entrichten gehabt?
6. Sind der Verwaltung andere Interessenten bekannt, die sich für die offene Sozialarbeit auf dem Lerchenberg angeboten haben?

Für die CDU- Fraktion  
Andreas Michalewicz

Amt 60

Aktz.: 69-22-040  
Ihr Ansprechpartner: Arno Kraus  
Tel.-Nr.: 4002  
Datum: 19.02.2024

## **Anträge, Anfragen und Fragen des Stadtrates und der Ortsbeiräte**

**Thema: Sachstand Dreifeld-Schulsporthalle im Carl-Zuckmayer-Schulzentrum  
Mainz-Lerchenberg**

**Vorlagetermin: 18.02.2024**

**zur Sitzung des Stadtrates am:**

**zur Sitzung des Ortsbeirates am: 22.02.2024**

**Antrag/Anfrage Nr.: 0352/2024**

**Fraktion: CDU-Ortsbeiratsfraktion Mainz-Lerchenberg**

**1. Für wann ist die für Winter/Frühjahr 2023/2024 geplante Bürgerinformationsveranstaltung terminiert? Wann erfolgt hierzu die Einladung?**

Die Bürgerinformation ist noch nicht terminiert.  
Einladungen werden wie gewohnt rechtzeitig erfolgen.

**2. Wurde die Baugenehmigung zwischenzeitlich bei der Bauaufsicht eingereicht? Falls nicht, für wann ist die Einreichung vorgesehen?**

Die Baugenehmigung wurde noch nicht eingereicht.  
Aktuell erfolgen Klärungen zur finalen Lage der Dreifeld-Schulsporthalle.  
Im Anschluss wird der Bauantrag eingereicht.

**3. Bleibt es bei dem avisierten Fertigstellungstermin im Jahr 2027?**

Stand heute ist diese noch zu erreichen.

**4. Für wann ist mit einem Start der Baumaßnahmen zu rechnen?**

Der Start der Baumaßnahme ist noch nicht terminiert.

**5. Mit welchen Kosten ist für die Baumaßnahme zu rechnen?**

Die Kostenberechnung, freigegeben am 15.09.2023, schließt bei 16,8 Mio. € ab.  
Die Kostenprognose kann erstellt werden, wenn der Beschaffungszeitraum feststeht.

**6. Wie soll die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgen?**

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt nach Mittelbereitstellung durch die Finanzverwaltung im Investitionshaushalt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Gilbert Korte  
Werkleiter

Erstellt von:

Arno Kraus

Dienstweg über:

Sachgebietsleitung

Geschäftsbereichsleitung

Kopie, Laufzettel, Info an:

Arno Kraus

Franziska Morgenroth



Stadtverwaltung Mainz | Dezernat II | Postfach 3820 | 55028 Mainz

Geschäftsführung Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg  
Herr Oliver Kuhr

**im Hause**

Bürgermeister  
Günter Beck

Postfach 3820  
55028 Mainz  
Stadthaus Große Bleiche  
Große Bleiche 46/ Löwenhofstraße 1

Dezernat für Finanzen, Beteiligungen  
und Sport  
Tel. 06131 12-2030  
Fax 06131 12-2029  
guenter.beck@stadt.mainz.de  
www.mainz.de

Mainz, 11.01.2024

**Rückfrage im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg am 18.01.2024 zu Sachstandsbericht zum Antrag 1733/2023, Thema: Vollwertige Gastronomie im Bürgerhaus Lerchenberg (Vorlage 0170/2024)**

Sehr geehrter Herr Kuhr,

bezugnehmend auf die o.g. Rückfrage im Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg kann ich Ihnen nachfolgend die Stellungnahme der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co.KG übermitteln, verbunden mit der Bitte, hierüber Frau Ortsvorsteherin Sissi Westrich sowie den Ortsbeirat Lerchenberg in Kenntnis zu setzen.

Rückmeldung der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co.KG:

*„Die Ausschreibung der Dienstleistung „Catering und Bewirtschaftung des Bürgerhauses Lerchenberg“ erfolgt im ersten Halbjahr 2024. Eine Nachrüstung einer Fettabsauganlage, in der Kostenhöhe von 278 TEUR, wird nicht realisiert. Mit der Verpachtung der Küche und des Gastraums, für eine gastronomische Bewirtschaftung, ist die Nutzung dieser Küche durch Vereine und Bürger ausgeschlossen.“*

Mit freundlichen Grüßen

Günter Beck





## Beschlussvorlage

|                                     |                     |                             |
|-------------------------------------|---------------------|-----------------------------|
| öffentlich                          |                     | Drucksache Nr.<br>0300/2024 |
| Amt/Aktenzeichen<br>80/23 10 91 2 J | Datum<br>08.02.2024 | TOP                         |

Behandlung im Stadtvorstand gem. § 58 (3) S. 2 i. V. m. 47 (1) S. 2 Nr. 1 GemO am 20.02.2024

| Beratungsfolge Gremium                | Zuständigkeit | Datum      | Status |
|---------------------------------------|---------------|------------|--------|
| Ortsbeirat Mainz-Gonsenheim           | Anhörung      | 20.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Hartenberg/Münchfeld | Anhörung      | 20.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Marienborn           | Anhörung      | 21.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Altstadt             | Anhörung      | 21.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Weisenau             | Anhörung      | 21.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Ebersheim            | Anhörung      | 22.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Lerchenberg          | Anhörung      | 22.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Laubenheim           | Anhörung      | 23.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Drais                | Anhörung      | 27.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Oberstadt            | Anhörung      | 27.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Neustadt             | Anhörung      | 28.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Bretzenheim          | Anhörung      | 28.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Mombach              | Anhörung      | 29.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Hechtsheim           | Anhörung      | 29.02.2024 | Ö      |
| Ortsbeirat Mainz-Finthen              | Anhörung      | 05.03.2024 | Ö      |
| Wirtschaftsausschuss                  | Vorberatung   | 05.03.2024 | Ö      |
| Stadtrat                              | Entscheidung  | 06.03.2024 | Ö      |

**Betreff:**  
 Werberechte;  
 Festlegung der Leitplanken des neuen Werberechtskonzeptes und Durchführung der Ausschreibung der Werberechte auf städtischen Grundstücken für den Zeitraum 01.01.2026 bis 31.12.2040

Mainz, 16.02.2024

gez.

Manuela Matz  
 Beigeordnete

Mainz, 20.02.2024

gez.

Nino Haase  
Oberbürgermeister

### **Beschlussvorschlag:**

Die Ortsbeiräte nehmen zur Kenntnis, der Wirtschaftsausschuss empfiehlt und der Stadtrat beschließt die Leitplanken des neuen Werbekonzeptes als Grundlage für die Durchführung der Neuausschreibung der Werberechte in der Stadt Mainz.

Die Verwaltung wird durch den Beschluss ermächtigt, die Leitplanken des Werbekonzeptes als Vorgabe der Ausschreibung zu verwenden und die Ausschreibung durchzuführen.

Die Vorgaben im Werbekonzept werden maßgeblicher Bestandteil des neuen Werberechtsvertrages, worauf die Bieter ihre Angebote kalkulieren und einreichen können. Die Angebote können bei Bedarf aus Sicht der Stadt Mainz verhandelt werden. Auf Basis von für die Ausschreibung im Vorfeld festgelegten Bewertungskriterien ermittelt sich das für die Stadt Mainz beste Angebot.

Die Vergabe der Dienstleistungskonzession erfolgt in einem Los im gesamten Stadtgebiet und hat eine Laufzeit von 15 Jahren, beginnend am 01.01.2026. Die Konzession endet damit zum 31.12.2040.

Das neue Werbekonzept soll folgende wichtige Regelungen und Vorgaben erhalten:

#### **1. Ausnahmen von den Werberechten**

Das Werbekonzept enthält u. A. Vorgaben, wo und welche Werbeträgerarten vom zukünftigen Werberechtsvertrag möglich sein sollen. Ausdrücklich werden auch Einschränkungen definiert, die der Konzessionär zu akzeptieren hat. Zu den Ausnahmen gehören insbesondere:

- A. Werbemöglichkeiten in, auf und an Sportstätten und Bädern im kommunalen Eigentum nebst deren Außenanlagen (Grundstücke inklusive Einfriedung), insbesondere langfristig an Mainzer Sportvereine übertragene Sportstätten, kommunale Schulsportstätten sowie Kernsportstätten und Bäder in Bewirtschaftung der Stadt, sowie die Sportarenen, MEWA-Arena, Bruchwegstadion und das Stadion an der Bleichstraße, einschließlich deren jeweiligen festgelegten Außenanlagen (Grundstücke inklusive Einfriedung)
- B. Werbemöglichkeiten in, auf und an schulischen, kulturellen Einrichtungen im Eigentum der Stadt
- C. Werbemöglichkeiten in, auf und an Verwaltungsgebäuden im Eigentum der Stadt (z. B. Rathaus, Stadthäuser, Ortsverwaltungen)
- D. Werbemöglichkeiten auf Innenflächen von Verkehrsinseln
- E. Werbebanner an kommunalen Brücken
- F. Werbung an Schaltkästen (Klapprahmen) der Stadtwerke Mainz AG
- G. Mobile Werbeveranstaltungen, z. B. Promotionsveranstaltungen, Flyerverteilung
- H. Uhrenwerbung
- I. Werbung an der Außenseite und innerhalb von Fahrzeugen des ÖPNV (sogenannte Verkehrsmittelwerbung)
- J. Sondernutzung durch Informationsstände und Werbestände

- K. Eigenwerbung der MVG, Stadt und weiterer stadtnaher Gesellschaften auf den digitalen Fahrgastinformationen bei den Haltestellen
- L. Werbung an der Stätte der Leistung (z. B. die Eigenwerbung von Geschäften mit Firmenschildern oder Aufstellern)
- M. Eigenwerbung der MVG, Stadt und weiterer stadtnaher Gesellschaften in den Informationsvitri-  
nen der Bus-Wartehallen (= Bus-WH)
- N. Zirkuswerbung
- O. Siegelmarkenwerbung (Plakataufsteller) inklusive Wahlwerbung
- P. Werbung an Bauzäunen

Zusätzlich wird vorgegeben, dass neben den gesetzlichen Werbeverboten außerdem sexistische und rassistische Inhalte sowie Werbung für Tabak und Drogen nicht auf den Werbeträgern auf kommunalen Grundstücken beworben werden dürfen. Werbung für Alkohol darf darüber hinaus nicht an Werbeträgern angebracht werden, die weniger als 100 Meter von Schulen oder Kitas entfernt sind.

## **2. Umfang der Dienstleistungskonzession**

Zu den Dienstleistungen, welche der Konzessionär als Gegenleistung für die Werberechte zu erbringen hat, zählen:

### A. Neubau Bus-WH, teilweise mit Dachbegrünung und/oder Photovoltaik-Anlage

Der Neuaufbau und Betrieb einer noch zu bestimmenden Anzahl an fabrikneuen Bus-WH direkt zum Vertragsbeginn und während der Laufzeit bis 2040. Hinzu kommt eine Dachbegrünung und/oder das Anbringen einer Photovoltaik-Anlage der Bus-WH an sinnvollen Standorten, soweit technisch möglich.

### B. Laufender Betrieb Bus-WH

Der laufende Betrieb aller bestehenden Bus-WH für die gesamte Vertragslaufzeit wird vom Neukonzessionär erbracht. Hierzu zählt dann auch die Pflege der begrüneten Bus-WH.

### C. Pacht

Der Neukonzessionär soll eine regelmäßige Pacht an die Stadt zahlen. Die Höhe dieser Pacht ist abhängig von der Attraktivität der Werberechte in Mainz und den eingereichten Angeboten der jeweiligen Bieter und wird maßgeblich davon beeinflusst, ob ein ernsthafter Wettbewerb um die Werberechte stattfindet.

### D. Eigen- und Kulturwerbung

Der Neukonzessionär soll der Stadt ein angemessenes Werbekontingent für Eigen- und Kulturwerbung zur Verfügung stellen. Bezogen auf analoge Werbung im Stadtgebiet soll das jährliche Kontingent 400.000,00 € betragen. Bei der digitalen Werbung soll das Kontingent 8.400 Einblendungen während der Betriebszeiten pro Monat je Screen bei digitalen Klein-Screens bzw. digitalen Groß-Säulen und 10.800 Einblendungen während der Betriebszeiten pro Monat je Screen für digitalen Groß-Screens betragen.

Zusätzlich ist auch ein Kontingent in Höhe 30.000,00 € für analoge Werbung außerhalb des Stadtgebietes (z. B. in Wiesbaden) vorgesehen. Für die digitalen Werbeträger in allen Größen bzw. Formaten werden 60.000 Einblendungen pro Monat geplant.

Die oben beschriebenen Kontingente stehen der Stadt und städtischen Beteiligungen sowie städtischen Kulturschaffenden zur Verfügung. Über die genaue Verteilung der Kontingente entscheidet das 10-Hauptamt.

**E. Beseitigung von Wildwerbung**

Der Neukonzessionär soll unerlaubte Werbung im Stadtgebiet auf seine Kosten für die Stadt beseitigen.

**3. Vorgaben an das Bieterkonzept**

**3.1. Allgemeine Anforderungen/Angaben**

Das Bieterkonzept soll eine Verbesserung des Stadtbildes durch die Gestaltung, die Qualität, die Art (inklusive der Bus-WH) und die Anzahl der Werbeträger sowie die verwendete Technik zur Folge haben.

Bezüglich der Außenwerbung wird vorgegeben, dass sich diese vertraglich in das Stadt- und Ortsbild einfügen muss. Weiterhin muss das zu liefernde Bieterkonzept geeignet sein, die Qualität des öffentlichen Stadtraums identitätsfördernd aufzuwerten. Das Bieterkonzept muss ein auf die Bedürfnisse der Stadt abgestimmtes Gesamtkonzept mit Erläuterungen und Darstellungen sein.

Der aktuelle Konzessionär muss alle Werbeträger und Bus-WH, wenn der jeweilige Standort durch den Neukonzessionär nicht weiter genutzt werden soll, abbauen. Bus-WH, die der Stadt bzw. der MVG gehören und durch eine neue Bus-WH ersetzt werden, müssen vom Neukonzessionär abgebaut (inklusive Fundamente) und ordnungsgemäß entsorgt werden. Die Kosten trägt in marktüblicher Höhe auf Nachweis durch den Neukonzessionär die MVG.

Der Anschluss von Werbeträgern an das Beleuchtungsstromnetz (Straßenbeleuchtung) ist zukünftig nicht mehr möglich. Es soll aber eine Übergangsfrist zur Umrüstung auf einen eigenständigen Hausanschluss pro Werbeträger von 5 Jahren gewährt werden. Bei den Bus-WH werden die bisherigen Beleuchtungsstromanschlüsse durch die MVG auf deren Kosten durch einen Hausanschluss ersetzt, wenn keine maximale Entfernung überschritten wird (Kostengründe). Dies steht im Zusammenhang mit der Schaffung der digitalen Fahrgastinformationsanzeigen.

**3.2. Vorgaben für das Werbeträgerportfolio (Art und Anzahl)**

Die Gesamtanzahl der Werbeträger je Art wird zum Vertragsbeginn wie folgt begrenzt:

| <b>Werbeträgerarten</b>          | <b>Gesamtanzahl</b> |
|----------------------------------|---------------------|
| 1. Digitale Groß-Screens         | bis zu 15           |
| 2. Digitale Klein-Screens        | bis zu 40           |
| 3. Digitale Groß-Säule           | bis zu 15           |
| 4. City-Light-Boards/Mega-Lights | bis zu 13           |
| 5. Geklebte Großflächen          | bis zu 30           |
| 6. City-Light-Säulen             | bis zu 10           |
| 7. City-Light-Poster-Vitrinen    | bis zu 170          |
| 8. Litfaßsäulen                  | bis zu 150          |
| 9. Gewerbehinweissammelanlagen   | bis zu 150          |
| 10. Klapprahmen                  | bis zu 52           |

Die Vorgaben zur Gesamtanzahl führen vorneweg schon zu einer stärkeren Digitalisierung und einer Reduzierung möglicher Werbeträger im Vergleich zum aktuellen Bestand.

Neben der Begrenzung der Gesamtanzahl werden sog. Wechselkurse vorgegeben, welche zusätzlich zur Reduzierung der Gesamtanzahl der Werbeträger im Stadtgebiet führen können. Entscheidet sich der Bieter für die Aufstellung eines Werbeträgers, so müssen entsprechend des vorgegebenen Wechselkurses andere Werbeträger in einem bestimmten Verhältnis abgebaut werden. Im Werbekonzept sind folgende Wechselkurse für die verschiedenen Werberechte vorgesehen:

- A. Digitaler Klein-Screen = 1:2 gegen City-Light-Poster
- B. City-Light-Säulen = 1:2 gegen Litfaßsäulen
- C. Digitale Groß-Screens = 1:2 gegen je ein City-Light-Board/Mega-Light und eine geklebte Großfläche. Sind nicht mehr ausreichende Werberechte für eine Werbeträgerart vorhanden, um den Wechselkurs zu bedienen, müssen dafür die Werberechte für zwei andere Werbeträgerarten reduziert werden
- D. Digitale Groß-Säule = 1:1 gegen City-Light-Säule und 1:2 Litfaßsäulen, wenn alle City-Light-Säulen-Standorte aufgelöst wurden

Beim beispielhaften Aufbau von 10 der 15 möglichen digitalen Groß-Screens dürfte der Bieter nur noch 3 City-Light-Board/Mega-Lights und 20 geklebte Großflächen aufbauen.

Insgesamt wird mit der Verringerung und Begrenzung der Gesamtanzahl der Werbeträger in Verbindung mit der Vorgabe von Wechselkursen die absolute Reduzierung der Werbeträger im Stadtgebiet verfolgt. Außerdem ist eine stärkere Digitalisierung der Werbeträger angestrebt.

### 3.3. Vorgaben für das Standortkonzept

Das Werbekonzept macht Vorgaben, auf welchen Standorten die neuen Werbeträger im Rahmen der Gesamtanzahl aufgestellt werden dürfen. Hierfür wurde eine umfangreiche Standortliste erstellt. Dabei wurde Wert daraufgelegt, dass nur bereits bestehende Standorte ausgewiesen werden und keine neuen Standorte hinzukommen. Ausgenommen hiervon sind mögliche Standorte in neuen Stadtteilen. Bestehende Standorte, die aus Sicht der jeweiligen Fachämter problematisch sind, wurden zudem eliminiert und werden nicht mehr Gegenstand der Neuausschreibung. Die Werbeträger dürfen entsprechend der städtischen Vorgaben nur auf den bisher vorhandenen Standorten aufgestellt werden. Auf welchen Bestandsstandorten die Umwandlung eines analogen Werbeträgers in einen digitalen Werbeträger möglich sind, wurde ebenfalls von der Stadt vorgegeben.

Das Standortkonzept macht auch Vorgaben dazu, welche Bus-WH vom Bieter neu zu errichten sind, welche Bus-WH im Bestand laufend zu unterhalten sind und welche Bus-WH Werbeträger erhalten dürfen. Hierbei gilt grundsätzlich, dass Straßenbahnwartehallen zukünftig nicht mehr Bestandteil der Werberechte werden und Werbeträger nur noch in Bus-WH und teilweise in gemischten Wartehallen (Straßenbahn- und Bushaltestellen) zulässig sind. Die Standorte der Bus-WH bestimmt ohne werbefachliche Rücksichtnahme die Stadt. Weiterhin wird bestimmt, welche alten Bus-WH mit welcher Priorität direkt zum Beginn der neuen Laufzeit ersetzt werden sollen und bei welchen Bus-WH ein Ersatz während der Laufzeit des neuen Werberechtsvertrages erfolgen kann.

### 3.4. Vorgaben für das Designkonzept

Die Werbeträger sollen z. B. durch die Farbgebung, als homogene, in sich stimmige sowie optisch erkennbare Produkt-Designfamilie angeboten werden. Die Homogenität gilt dabei auch für die Detail-Geometrie der einzelnen Werbeträgerarten. Jede Werbeträgerart soll über ein einheitliches Design

verfügen, welches auf alle Werbeträger seiner Art anzuwenden ist. Dabei sollen einfache und klare Formen ohne dekorative Elemente (diskret und dezent) verwendet werden. Die einzelnen Werbeträgerarten sollen sowohl in der Innenstadt als auch in der Gesamtstadt gestalterisch zusammenpassen und als Gesamtbild über das Stadtgebiet ein attraktives und modernes Medium darstellen. Dabei sollen sie sich in ihren Außenmaßen auf das konstruktiv maximal Notwendige beschränken.

Die erläuterten allgemeinen Designvorgaben gelten auch für die Bus-WH. Zusätzlich werden besondere Angaben für die Bus-WH bezogen auf Größe und Ausstattung vorgegeben. Des Weiteren sollen die neuen Bus-WH grundsätzlich immer begrünt werden. Ausnahmen sind möglich, da bei nicht allen Standorten eine Dachbegrünung sinnvoll ist.

### 3.5. Betriebliche Vorgaben für die Werbeträger und Bus-WH

Akustische sowie olfaktorische Werbung und Animationen oder Filme auf digitalen Werbeträgern werden grundsätzlich ausgeschlossen. Interaktive Werbung (z. B. QR-Codes) wird grundsätzlich gestattet, ist aber für jeden Werbeträger im Vorfeld immer mit der Stadt abzustimmen und zu genehmigen (ggfs. auch mit der MVG).

Die „Hinweise zur Messung, Beurteilung und Minderung von Lichtimmissionen“ der Bund-/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI) sind mit jeweils aktuellem Stand zu beachten. Freistehende Werbeträger dürfen grundsätzlich 24 Stunden einschließlich Lichtanlage betrieben werden. Für einzelne Standorte im Bereich von Wohnbebauung kann die Stadt im Falle rechtlich begründeter Beschwerden betroffener Anwohner über Lichtimmissionen die Zeit der Be- und Hinterleuchtung der Plakate bzw. die Betriebszeit digitaler Screens eingrenzen. Auch sollen die digitalen Anlagen grundsätzlich mit einer Dimmfunktion ausgestattet sein.

## 4. Unterverpachtung

Sofern die Vergabe einzelner Konzessionsbestandteile (z. B. Klapprahmen) vom Neukonzessionär an andere Firmen erfolgen soll, hat die Stadt Mainz dies zuvor schriftlich zu bestätigen.

## 5. Dokumentationspflichten

Das Werbekonzept gibt vor, welche Dokumente und Angaben der Neukonzessionär der Stadt zur Kontrolle (z. B. für Abrechnungen) zur Verfügung stellen muss.

## 6. Neuerungsklausel

Es soll weiterhin eine Klausel im Werbekonzept inkludiert werden, welche es der Verwaltung im Rahmen der vergaberechtlichen Vorgaben ermöglicht, flexibel auf zukünftige Entwicklungen und Innovation bezüglich der Werbeträger und Werbekampagnen einzugehen und eine Steuerung im Sinne der im Sachverhalt beschriebenen Ziele zu ermöglichen. Es soll weiterhin vereinbart werden, dass im Rahmen der Vertragslaufzeit weitere Standorte digitalisiert werden können, die über die unter 3.2 der Beschlussvorlage definierten Gesamtzahlen hinausgehen. Mit Hinblick auf die Laufzeit bis 31.12.2040 ist das von großer Relevanz, um Fehlentwicklungen zu vermeiden oder von positiven Entwicklungen profitieren zu können.

## Sachverhalt

### 1. Sachverhalt:

Die Landeshauptstadt Mainz hat aktuell die Außenwerberechte durch einen Werberechtsvertrag an die Firma Ströer Deutsche Städte Medien GmbH (= Ströer) vergeben. Dieser aktuelle Werberechtsvertrag vom 31.03.2011 hat eine Laufzeit von 15 Jahren und endet zum 31.12.2025. Es ist beabsichtigt, die Außenwerberechte ab 01.01.2026 neu zu vergeben und hierfür eine europaweite Ausschreibung durchzuführen. Seitdem die Werberechte in der Stadt Mainz vergeben werden, ist es noch zu keinem Konzessionärswechsel gekommen. Die Schaffung von Wettbewerb um die städtischen Werberechte ist ausdrückliches Ziel der Ausschreibung, um ein möglichst lukratives Angebot für die Stadt Mainz zu erhalten.

Die Vergabe an einen anderen Konzessionär wäre aber auch erstmalig in der Stadtgeschichte und hätte weitreichende Konsequenzen bezogen auf den Abbau/Neubau bestimmter Stadtmöbel und die Erteilung erforderlicher Genehmigungen für den Aufbau/Neubau des neuen Stadtmobiliars.

Aktuell sind durch den derzeitigen Konzessionär ca. 700 Werbeträger im gesamten Stadtgebiet errichtet. Es handelt sich dabei vorrangig um analoge Anlagen in verschiedenen Formaten sowie 10 digitale Groß-Screens. Bei diesen digitalen Anlagen handelt es sich um die einzigen digitalen Werbeträger im Stadtgebiet, die Bestandteil des aktuellen Werberechtsvertrages sind. Der aktuelle Bestand der Werbeträger in Mainz kann der folgenden Tabelle (Stand Oktober 2022) entnommen werden.

| <b>Werbeträgerarten</b>          | <b>Gesamtanzahl</b> |
|----------------------------------|---------------------|
| 1. Digitale Groß-Screens         | 10                  |
| 2. Digitale Klein-Screens        | 0                   |
| 3. Digitale Groß-Säule           | 0                   |
| 4. City-Light-Boards/Mega-Lights | 25                  |
| 5. Geklebte Großflächen          | 56                  |
| 6. City-Light-Säulen             | 22                  |
| 7. City-Light-Poster-Vitrinen    | 186                 |
| 8. Litfaßsäulen                  | 191                 |
| 9. Gewerbehinweissammelanlagen   | 150                 |
| 10. Klapprahmen                  | 52                  |
| 11. Uhrensäulen                  | 6                   |
| <b>Gesamt</b>                    | <b>698</b>          |

Durch den aktuellen Werberechtsvertrag hat die Stadt jährliche Einnahmen durch eine Mindestpacht. Hinzu kommen weitere Dienstleistungen auf Kosten des derzeitigen Konzessionärs wie die Instandhaltung der Wartehallen, Beseitigung von Wildplakatierungen und ein Kontingent an Eigen- und Kulturwerbung zur Inanspruchnahme durch die Stadt.

Da mit der Neuvergabe der Außenwerberechte zahlreiche komplexe Themen sowie vergaberechtliche Fragestellungen verbunden sind, wurde die Firma GESTOCON GmbH & Co. KG (= Gestocon) als Beraterfirma mit hinreichender bundesweiter Erfahrung auf diesem Gebiet für die Stadt beauftragt. Zusammen mit der Gestocon wurden innerhalb der städtischen Fachämter diverse Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der Vorgaben und Leitplanken des neuen Werbekonzeptes gebildet. In diesen Arbeitsgruppen wurden die Expertisen der folgenden städtischen Fachämter und Fachabteilungen berücksichtigt:

A. 10 – Hauptamt, 10.05.01 Öffentlichkeitsarbeit

- B. 20 – Amt für Finanzen, 20.03 Steuerverwaltung und 20.06 Abteilung Vergabe und Einkauf
- C. 30 – Standes-, Rechts- und Ordnungsamt, 30.01 Rechtsabteilung und 30.03.01 Sondernutzungen
- D. 37 – Feuerwehr, 37.03.03 Einsatz- und Katastrophenschutzplanung
- E. 42 – Amt für Kultur und Bibliotheken, 423 Kulturabteilung
- F. 60 – Bauamt, 60.02 Bauaufsicht und 60.04 Denkmalpflege
- G. 61 – Stadtplanungsamt, 61.0.01 Stadtbildpflege, 61.01 Verkehrswesen, 61.02 Stadtplanung, 61.03 Straßenbetrieb, 61.04 Straßenverkehrsbehörde
- H. 67 – Grün- und Umweltamt, 67.05 Grünunterhaltung und Baumpflege
- I. 80 – Amt für Wirtschaft und Liegenschaften, 80.02 Liegenschaften
- J. Mainzer Mobilität
- K. Mainzer Netze

Übergeordnet wurde eine Lenkungsgruppe gebildet und mit politischen Mandatsträgern besetzt. Mit der Lenkungsgruppe soll die politische Beteiligung und Lenkungswirkung bereits im Vorfeld der Gremienbeteiligung gewährleistet werden. Die Mitglieder wurden von den jeweiligen Fraktionen im Stadtrat bestimmt. Bei der Stimmengewichtung für die Beschlussfassung der Lenkungsgruppe wurde die Kräfteverteilung im Stadtrat berücksichtigt. Die Lenkungsgruppe hatte insgesamt 4 Sitzungen am 12.12.2022, am 13.07.2023, am 19.10.2023 und am 06.02.2024.

Es wurde eine Bürger:innenbeteiligung in Form einer Stadtteil-Befragung unter der Leitung der Firma „Wer denkt was GmbH“ von Anfang Mai bis Ende Juni 2023 durchgeführt. Dabei haben die jeweiligen Ortsvorsteher:innen als Stakeholder die Bürger:innen der jeweiligen Stadtteile zu den unten genannten Themenpunkten befragt.

- A. Ausstattung der Wartehallen
- B. Ausgestaltung von Werbeinhalten
- C. Digitalisierung der Werbeträger
- D. Zusätzliche Informationen auf den Werbeträgern

In der Art und Weise wie die Befragung der Bürgerschaft erfolgen sollte, waren die Ortsvorsteher:innen dabei frei in der Wahl der Methode. Ergebnisse und Kenntnisse aus der Stadtteil-Befragung wurden bezogen auf die Umsetzbarkeit anschließend von der Verwaltung geprüft. Die Lenkungsgruppe wurde über die Ergebnisse der Befragung und der Verwaltungsprüfung zur Umsetzbarkeit informiert. Das Prüfergebnis ist dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Vonseiten der Mainzer Mobilität wurde der Vorschlag eingebracht, die Struktur der Bus-WH, Straßenbahnwartehallen und gemischten Wartehallen neu zu ordnen und künftig Bus-WH dem Neukonzessionär zu übertragen und Straßenbahnwartehallen komplett der MVG zuzuordnen. Bisher besteht ein Mischverhältnis. Teilweise sind Bus- und Straßenbahnwartehallen im Eigentum der MVG, teilweise im Eigentum des Konzessionärs. Die Stadt ist als Straßenbaulastträger gesetzlich zuständig für Bushaltstellen. Bei den Straßenbahnhaltestellen ist das Straßenbahnunternehmen rechtlich in der Verantwortung und die Technische Aufsichtsbehörde (TAB) zuständig.

Die durch die Arbeitsgruppen und der Stadtteil-Befragung erarbeiteten maßgeblichen Leitplanken wurden sodann von der Lenkungsgruppe beschlossen und finden sich in dieser Vorlage wieder.

Von der Lenkungsgruppe wurden folgende Leitplanken beschlossen:

Beschluss Nr. 1



Es erfolgt eine Neuausschreibung der Werberechte ab dem 01.01.2026 auf Grundlage eines Werbekonzeptes.

Beschluss Nr. 2

Die Ausschreibung der Werberechte erfolgt für das gesamte Stadtgebiet.

Beschluss Nr. 3

Die Ausschreibung der Werberechte erfolgt in einem Los.

Beschluss Nr. 4

Sämtliche Straßenbahnwarteallen im Eigentum des bisherigen Konzessionärs werden nicht Bestandteil des neuen Werberechtsvertrages und in das Eigentum der MVG überführt.

Beschluss Nr. 5

Sämtliche Bus-WH im Eigentum der MVG werden in das Eigentum des neuen Konzessionärs übergeleitet und Bestandteil des neuen Werberechtsvertrages. Damit ist der neue Konzessionär zukünftig zuständig für deren Wartung und Instandhaltung.

Beschluss Nr. 6

Die gemischten Wartehallen werden teilweise in das Eigentum der MVG und teilweise in das Eigentum des Neukonzessionärs überführt, wenn diese Wartehallen nicht aufgrund des Zustandes direkt zum Vertragsbeginn vom Neukonzessionär ersetzt werden sollen. Werbung im Rahmen der Werberechte wird nur in den gemischten Wartehallen zugelassen, die hierfür explizit freigegeben wurden.

Beschluss Nr. 7

Die Gesamtanzahl der Werbeträger wurde wie von der Verwaltung vorgeschlagen beschlossen. Zusätzlich zur digitaleren Gesamtanzahl sollen im Rahmen der Vertragslaufzeit bis 31.12.2040 zukünftig auch weitere Standorte in digitale Werbeträger umgewandelt werden können. Der Vertrag soll eine entsprechende Klausel erhalten.

Beschluss Nr. 8

In das Werbekonzept wird ein Werbekontingent für Eigen- und Kulturwerbung aufgenommen.

Beschluss Nr. 9

Die Wechselkurse zwischen einzelnen Werbeträgerarten wurden wie von der Verwaltung vorgeschlagen beschlossen.

Beschluss Nr. 10

Die Lenkungsgruppe hat die Aufnahme der umsetzbaren Punkte der Stadtteil-Befragung in das Werbekonzept beschlossen. Es solle geprüft werden, ob eine gleichzeitige Dachbegrünung und der Aufbau von Solarmodulen auf den Bus-WH umsetzbar ist.

Das erarbeitete Werbekonzept und die darin festgelegten Leitplanken verfolgen für die Neuvergabe der Werberechte folgende Ziele:

- A. Abschluss eines einheitlichen Vertrages für alle Werbeträger
- B. Laufzeit von 15 Jahren mit einem Vertragsende zum 31.12.2040
- C. Erbringung der folgenden Dienstleistungen durch den Konzessionär
  - C.1. Aufstellung neuer Bus-WH und Ersatz von ausgedienten Modellen durch den Neukonzessionär.

Dabei sollen grundsätzlich alle Bus-WH begrünt werden, an denen eine Begrünung sinnvoll ist.

- C.2. Bereitstellung eines Kontingentes an Eigen- und Kulturwerbung
- C.3. Vorbildliche Reinigung und Wartung der Werbeträger und Bus-WH
- C.4. Beseitigung von Wildplakatierungen
- C.5. Generierung von Pachteinahmen für die Stadt Mainz
- D. Reduzierung der Gesamtanzahl der Werbeträger im Stadtgebiet
- E. Ersatz zahlreicher analoger Werbeträger durch digitale Werbeträger, entsprechend dem Sättigungsgrad in der Stadt Mainz
- F. Keine Straßenbahnwartehallen mehr im Eigentum des Neukonzessionärs

Voraussetzungen für die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren sind:

- A. Die Übernahme der Werbeträger des Altkonzessionärs, sofern dies gewünscht wird, ist mit dem bisherigen Vertragspartner zu verhandeln. Die Stadt Mainz übernimmt hierfür keine Kosten (nicht relevant, sofern der bisherige auch der neue Konzessionär sein sollte)
- B. Unterlagen zur finanziellen Solidität und Zuverlässigkeit (z. B. Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes)
- C. Nachweis der Leistungsfähigkeit entsprechend des Werbeträgerumfangs (Referenzen)
- D. Vorlage eines Konzeptes zur Ausübung der Werberechte
- E. Angabe einer Garantiepacht

Für den Wert der städtischen Werberechte und dem damit verbundenen Wettbewerb kommt es entscheidend darauf an, was die Stadt auf der einen Seite anbietet und auf der anderen Seite vom Konzessionär verlangt. In der wirtschaftlichen Betrachtung der Bieter werden die möglichen Werbeeinnahmen den von der Stadt geforderten Dienstleistungen gegenübergestellt. Sollten die Werberechte nicht lukrativ genug sein, könnte es gar nicht erst zu Angebotsabgabe kommen oder es werden nur unattraktive Angebote eingereicht.

Das aktuelle Werbekonzept der Stadt Mainz ist aufgrund des Beschlusses Nr. 7 hinreichend lukrativ, um mit Angeboten zu rechnen. Es ist aber zu beachten, dass die Stadt Mainz relativ viele und kostenintensive Forderungen (z. B. neue Bus-WH mit Begrünung, erhöhtes Kontingent an Eigen- und Kulturwerbung) hat, aber gleichzeitig lukrative Standorte eliminiert wurden (z. B. durch die Entscheidung – Beschluss der Lenkungsgruppe Nr. 4 - keine Werbung mehr an Straßenbahnhaltestellen zuzulassen). Relevant für die Angebote sind auch die Restriktionen oder speziellen Vorgaben, die in das Werbekonzept aufgenommen werden sollen (z. B. keine Abspielung von digitalen Animationen auf digitalen Werbeträgern, Herstellung von Hausanschlüssen für Strom).

## **2. Lösung:**

Die Leitplanken des von den Fachämtern der Stadt erarbeiteten und von der Lenkungsgruppe beschlossenen Werbekonzeptes werden vom Stadtrat beschlossen, sodass auf Grundlage dessen eine Ausschreibung durch die Stadt erfolgen kann. Ziel ist es sicherzustellen, dass die Werberechte ab dem 01.01.2026 nahtlos auf den Neukonzessionär übergehen können.

## **3. Alternativen:**

Die Leitplanken werden nicht beschlossen mit dem Ergebnis, dass die Werberechte für die städtischen Flächen entweder gar nicht wieder ausgeschrieben werden oder es zu weiteren Verzögerungen im Verfahren kommt, sodass kein nahtloser Übergang der Werberechte auf den Neukonzessionär ab dem 01.01.2026 gewährleistet werden kann. Beide Szenarien hätten finanzielle Einbußen für die Stadt und Schäden für die lokale Wirtschaft und Kulturschaffende zur Folge. Eine weitere Folge wäre der Abbau des Stadtmobiliars (z. B. die Wartehallen im Eigentum des Konzessionärs) zum Stichtag. Außerdem besteht die Gefahr, dass Konzessionäre vermehrt Werbeträger auf privaten Flächen aufstellen, um das Stadtgebiet Mainz im Zusammenhang mit dem gesamten Rhein-Main-Gebiet weiterhin für Werbekampagnen anbieten zu können. Auf diese Werbeträger hätte die Stadt, ohne die Schaffung entsprechender Satzungen, sodann nur einen begrenzten Einfluss. Eine solche Entwicklung kann im Nachhinein nur noch schwer korrigiert werden. Sobald ein bestimmter Sättigungsgrad auf privaten Flächen erreicht wurde, würde sich diese Situation auf lange Zeit zementieren.

## Finanzierung

### 4. Ausgaben/Finanzierung:

a) Einmalige Ausgaben:

b) Laufende Ausgaben einschl. Folgekosten (z. B. Sach- und Personalkosten, Schuldendienst):

x

Einnahmen:

x

Finanzielle Auswirkungen zu 2. und 3.

## Auswertung Stadtteil-Befragung

### I. Umsetzbare Maßnahmen

Die Bearbeitung bzw. Berücksichtigung dieser Themen ist möglich. Ob die jeweilige Thematik jedoch Relevanz für das neue Werbekonzept hat, kann dem jeweiligen Punkt in der letzten Zeile entnommen werden. Andere umsetzbare Themen ohne Bezug zum Werbekonzept werden innerhalb der Stadt unter Beteiligung der Gesellschaften/Eigenbetriebe realisiert.

#### 1. Wartehallen und Haltestellen

##### **1.1. Ziel: Grundfunktionen**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Prüfen, inwiefern diese Wünsche bei Wartehallen im Rahmen des Werbekonzepts berücksichtigt werden können

##### A) Sitzmöglichkeiten

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung</b>  |
| Eine Erweiterung der Anzahl an Wartehallen und damit überdachte Sitzmöglichkeiten wird im Nahverkehrsplan an Stellen mit ausreichender Nachfrage befürwortet und angestrebt. An Haltestellen mit hoher Frequenz könnten zwei Wartehallen aufgebaut werden. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

##### B) Überdachung Haltestellen

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Die Überdachung wird durch die Modellvorgabe bestimmt. Da die Modellvorgabe von Amt 61 und MVG vorgegeben ist, werden ausreichend Überdachungen von den verantwortlichen Stellen berücksichtigt. Eine Erweiterung der Anzahl an Wartehallen und damit überdachte Sitzmöglichkeiten wird im Nahverkehrsplan der Stadt Mainz an Stellen mit ausreichender Nachfrage befürwortet und angestrebt. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

##### **1.3. Ziel: Sicherheitsgefühl verbessern**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Weitergabe an MVG

##### A) Beleuchtung

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Die neuen Wartehallen-Modelle (Modell Kienzler K 26) sehen eine Beleuchtung vor, wenn ein Stromanschluss möglich ist. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

##### **1.4. Ziel: Information verbessern**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Weitergabe an MVG

##### A) Digitale Fahrgastinformationen

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Die MVG baut aktuell digitale Infosäulen an allen wichtigen Haltestellen auf. Die Echtzeitdaten können zudem über eine App abgerufen werden. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

### 1.5. Ziel: Mobilitätspunkte schaffen

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Weitergabe an Amt 61/MVG

A) Weitere Angebote (Ladesäulen, Car-Sharing, E-Scooter) in der Nähe

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Die Verwaltung verfolgt das Ziel, Haltestellen mit Umsteigefunktion zwischen den Verkehrsträgern zu Mobilitätsstationen zu erweitern bzw. Mobilitätshubs einzurichten. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

### 1.6. Ziel: Haltestellen der Zukunft schaffen

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Prüfen, inwiefern diese Wünsche bei Wartehallen im Rahmen des Werbekonzepts berücksichtigt werden können

A) Lademöglichkeiten für mobile devices

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Die MVG sieht Lademöglichkeiten für ihre Fahrgäste in den neuen Fahrzeugen vor. Eine Ausstattung der Haltestellen ist entbehrlich. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

B) WLAN-Spots

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Die Haltestellen sind Teil des öffentlichen Raumes, die MVG plant die Realisierung von WLAN in ihren Fahrzeugen. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

C) Dachbegrünung

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Gemäß Stadtratsauftrag werden künftig nur noch Wartehallen mit Dachbegrünung verwendet (Modell Kienzler K 26). Die MVG wird zukünftig generell nur noch Wartehallen mit Dachbegrünung aufstellen. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

### 1.7. Ziel: Wartehallen für Haltestellen

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Prüfen, welche Haltestellen zusätzlich eine Wartehalle bekommen sollen

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Eine Erweiterung der Anzahl an Wartehallen und damit überdachte Sitzmöglichkeiten wird im Nahverkehrsplan der Stadt Mainz an Stellen mit ausreichender Nachfrage befürwortet und angestrebt. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

## 2. Werbeinhalte

### 2.1 Negativ wahrgenommene Werbeinhalte

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Einhaltung der gesetzlichen Werbeverbote. Prüfung, ob der Hinweis auf Werbeverbote von Alkohol rund um Schulen zusätzlich in die Ausschreibung eingehen könnte

#### A) Sexistische und rassistische Inhalte

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Im Wesentlichen sind die Punkte auch heute schon im noch aktuellen Werberechtsvertrag geregelt und sollen auch zukünftig weiterhin berücksichtigt werden. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

#### B) Tabak und andere Drogen

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Im Wesentlichen sind die Punkte auch heute schon im noch aktuellen Werberechtsvertrag geregelt und sollen auch zukünftig weiterhin berücksichtigt werden. Außerdem existiert bereits ein bundesweit geltendes gesetzliches Tabakwerbeverbot. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

#### C) Alkoholwerbung

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Im Wesentlichen sind die Punkte auch heute schon im noch aktuellen Werberechtsvertrag geregelt und sollen auch zukünftig weiterhin berücksichtigt werden. Regelungen gegen Alkoholwerbung in Sichtweite von Schulen und Kitas sollen vereinbart werden. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

## 3. Digitalisierung

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Prüfen, inwiefern dieses Ergebnis in das Werbekonzept eingehen kann

#### A) Helligkeit Werbeträger

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Ein helligkeitsgesteuerte Dimmertechnik gehört zur Standardausstattung eines jeden digitalen Werbeträgers. Im Werbekonzept wird dies zusätzlich gefordert. Die Anzahl digitaler zu analogen Werbeträgern steht nicht in einem ausgeglichenen Verhältnis. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

#### B) Platzierung Werbeträger

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Gute Werbeträgerstandorte definieren sich über Kontakte mit Zielgruppen für die jeweiligen Werbeinhalte. Das ist unabhängig davon, ob es sich um die Ortsmitte oder um ein Randgebiet handelt. Zielgruppenorientiert werden die besten Standorte mit den jeweils besten Werbeträgerarten ausgestattet. Je höher die werbefachliche Standortignung, desto werthaltiger der Werbeträger. Die Festlegung erfolgt in der Standortliste. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

## **4. Zusätzliche Inhalte**

### **4.1. Zusatzinformationen über Stadt**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Prüfen, welchen Umfang das geforderte Kontingent an Werbezeit und -fläche im Werbekonzept / Ausschreibung haben soll. Kommunikation stadintern über die Wünsche zur Ausrichtung der Informationen, die über diese Kontingente ausgespielt werden.

A) Städtisch: Feste, Märkte, Ehrenamtsangebote, Veranstaltungen, Bürgerbeteiligungsangebote, Ortsbeiratssitzungen, Schließzeiten der Ortsverwaltung

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Die Möglichkeit der rabattierten Eigen- und Kulturwerbung in einem definierten Volumen (400.000 € für analoge Werbeträger und 19.200 Einblendungen für digitale Werbeträger) in analogen und digitalen Werbeträgern wird Bestandteil des zukünftigen Werbekonzeptes sein. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

B) Vereine: Angebote, Veranstaltungen

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Zukünftiger Vertragspartner mit einem Konzessionär wird alleine die Stadt sein und keine Vereine. Das o. g. Kontingent an Eigenwerbung umfasst außerdem auch einen Bereich für Kulturwerbung, sodass Vereine und bestimmte Anliegen durch die Stadt gefördert werden können, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. |
| Die Thematik wird beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

## **II. Nicht umsetzbare Maßnahmen**

Die Bearbeitung bzw. Berücksichtigung dieser Themen ist nicht möglich.

### **1. Wartehallen und Haltestellen**

#### **1.2. Ziel Sauberkeit steigern**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Prüfen, inwiefern diese Wünsche bei Wartehallen im Rahmen des Werbekonzepts berücksichtigt werden können. Hinweis auf regelmäßige Wartung und Reinigung an die Verantwortlichen, überlegenswert wären in dem Zusammenhang auch Anreizsysteme (z.B. Abstimmung durch Kippen Einwurf)

A) Überdachung von Mülleimern

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Es handelt sich um ein Kopplungsgeschäft (Werberechte gegen Aufbau und Betrieb von Mülleimern) und hängt nicht mit der Ausschreibung der neuen Werberechte zusammen. Außerdem liegt die Zuständigkeit für die Aufstellung und Leerung der Mülleimer bei der MVG, welches das Amt 70 beauftragt. Die Kosten dafür teilen sich der Eigenbetrieb und die MVG hälftig. Rechtlich besteht keine Verpflichtung des Verkehrsunternehmens, an Haltestellen Papierkörbe vorzuhalten. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

B) Größere Mülleimer oder häufigere Leerung

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Die gesamte Thematik Mülleimer an Wartehallen hängt nicht mit der Ausschreibung der neuen Werberechte zusammen (siehe A). |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

C) Aschenbecher an Mülleimern

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Die gesamte Thematik Mülleimer an Wartehallen hängt nicht mit der Ausschreibung der neuen Werberechte zusammen. |
| Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

D) Rauchverbot

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Ein Rauchverbot in Wartehallen war schon Gegenstand einer Prüfung durch das Rechtsamt. Für ein Rauchverbot an öffentlichen Haltestellen gibt es noch keine Rechtsgrundlage. Zudem kann ein Konzessionär kein Rauchverbot auf öffentlichem Grund aussprechen. |
| Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

**1.3. Ziel: Sicherheitsgefühl verbessern**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Weitergabe an MVG

A) Notfallrufknopf

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Die Wartehallen sind generell Teil des öffentlichen Raums. Bei Notfällen können die entsprechenden Einsatzkräfte (Polizei, Notarzt, Feuerwehr) gerufen werden. Im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Fahrgastbetrieb besteht außerdem ein Informationskanal über das Fahrpersonal vor Ort. |
| Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

B) Videoüberwachung

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Eine allgemeine Videoüberwachung im öffentlichen Raum ist aus datenschutzrechtlichen Gründen unzulässig. |
| Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

**1.6. Ziel: Haltestellen der Zukunft schaffen**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:**

Prüfen, inwiefern diese Wünsche bei Wartehallen im Rahmen des Werbekonzepts berücksichtigt werden können

A) Solarpanele

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Gemäß Stadtratsauftrag werden künftig nur noch Wartehallen mit Dachbegrünung verwendet (Modell Kienzler K 26). Damit ist kein Platz für zusätzliche Solaranlagen vorhanden, da sich diese Nutzungen ausschließen. Solaranlagen werden nicht Gegenstand des Werbekonzeptes, dafür aber die Dachbegrünung von Wartehallen (siehe I. 1.5 C). |
| Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

B) Wasserspender

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Wasserspender sind relevant für den öffentlichen Raum der Zukunft, aber nicht Gegenstand der Werberechte. |
| Die Thematik wird <u>nicht</u> beim Werbekonzept berücksichtigt.  |



## **2. Werbeinhalte**

### **2.1. Positiv wahrgenommene Werbeinhalte**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Aufnahme in das Werbekonzept prüfen

#### A) Regionale Produkte und Angebote

|  |
|--|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>   |
| Es ergibt sich das Problem, dass zu unterscheiden ist, was regionale Werbung, im Gegensatz zu nationaler und/oder internationaler Werbung ist (z. B. wenn eine lokal ansässige und geführte Auto-Niederlassung eines internationalen Konzerns, die bundesweite Einführung eines neuen E-Automodells bewerben will), weshalb bisher jede Kommune davon abgesehen hat. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt.   |

### **2.2. Negativ wahrgenommene Werbeinhalte**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Hinweis im Werbekonzept/Ausschreibung auf Einhaltung der gesetzlichen Werbeverbote; ggf. Prüfung.

#### A) Rechte Inhalte

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Offene Begriffe wie z. B. „rechte“ oder auch „linke“ Inhalte sind bezgl. auszusprechender Werbeverbote schwierig zu greifen/definieren. Alle politischen Inhalte, die nicht verboten sind, können sich auf die Meinungsfreiheit berufen. Eine Zensur kommt nach Ansicht des Rechtsamtes nicht in Betracht. Allen Parteien muss es beispielsweise möglich sein, Werbung beim zukünftigen Konzessionär zu beauftragen. Für die Stadt gilt insoweit der Neutralitätsgrundsatz. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt.  |

## **3. Zusätzliche Inhalte**

### **3.1. Zusatzinformationen über Konzessionsnehmer**

**Allgemeine Handlungsempfehlung:** Prüfen, inwiefern diese Zusatzinformationen von potenziellen Konzessionsnehmern geliefert werden können oder ob diese Angaben bereits den Kreis der potenziellen Wettbewerbsteilnehmer einschränken.

#### A) Regionale Nachrichten

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Eine zwingende Vorgabe im Werbekonzept zum Senden/Zeigen z. B. regionaler/nationaler Nachrichten kann die Anzahl der Wettbewerber um die Werberechte einschränken. Aktuell hat nur DSM/STRÖER bundesweit diese Art von Sendeinhalten (-> T-Online) in digitalen Werbeträgern. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt, soll aber als optionaler Zusatzpunkt bei der Ausschreibung bewertet werden.  |

#### B) Wetter

|   |
|---|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b>  |
| Eine zwingende Vorgabe im Werbekonzept zum Senden/Zeigen von Wetterinformationen Nachrichten kann die Anzahl der Wettbewerber um die Werberechte einschränken. Aktuell hat nur DSM/STRÖER bundesweit diese Art von Sendeinhalten (-> T-Online) in digitalen Werbeträgern. |
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt, soll aber als optionaler Zusatzpunkt bei der Ausschreibung bewertet werden.  |

#### C) Sportnachrichten

|                                  |
|----------------------------------|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b> |
|----------------------------------|

|   |
|---|
| Eine zwingende Vorgabe im Werbekonzept zum Senden/Zeigen von Sportnachrichten kann die Anzahl der Wettbewerber um die Werberechte einschränken.<br>Aktuell hat nur DSM/STRÖER bundesweit diese Art von Sendehalten (-> T-Online) in digitalen Werbeträgern. |
|---|

|  |
|--|
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt, soll aber als optionaler Zusatzpunkt bei der Ausschreibung bewertet werden. |
|--|

#### D) Katastrophenmeldungen

|                                  |
|----------------------------------|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b> |
|----------------------------------|

|   |
|---|
| Die Nutzung von digitalen Werbeträgern für offizielle Katastrophenwarnmeldungen in Kombination mit Katwarn und Nina wird vom Katastrophenschutz begrüßt. Eine effektive Nutzung setzt eine hohe Abdeckung des Stadtgebietes mit digitalen Werbeträgern voraus. Je größer die Anzahl der zur Verfügung stehenden digitalen Werbeträgern, desto größer ist die Anzahl der Bürger:innen, die hierdurch informiert werden können. Zusätzlich gab es bereits Versuche, auch die Fahrgastanzeiger der Mainzer Mobilität an Bus- und Straßenbahnhaltstellen als Warnmultiplikator im Stadtgebiet zu nutzen. Hierzu sind noch Details zu klären, wie das System über MoWaS angesteuert werden kann. |
|---|

|  |
|--|
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt, soll aber als optionaler Zusatzpunkt bei der Ausschreibung bewertet werden. |
|--|

#### E) Funfacts

|                                  |
|----------------------------------|
| <b>Stellungnahme Verwaltung:</b> |
|----------------------------------|

|   |
|---|
| Eine zwingende Vorgabe, z. B. zwingend T-Online-Nachrichten zu senden, schränkt den Teilnehmerkreis ein, da T-Online und DSM/STRÖER Partner sind. |
|---|

|  |
|--|
| Die Thematik wird <b>nicht</b> beim Werbekonzept berücksichtigt. |
|--|